

Steuererhöhung umstritten

Der Gemeindehaushalt 2023 ist neben anderen Positionen vor allem in zweierlei Hinsicht geprägt. Seit Wochen ist ja in der Diskussion, dass Land den Gemeinden vorgegeben hat, die Gemeindesteuern auf einen Mindestsatz zu erhöhen, anderenfalls die Kommunen finanzielle Nachteile erleiden würden. Natürlich berührt das die kommunale Selbstverwaltung. Andererseits hat hier die Landesregierung nur das sozusagen von oben vollzogen, was der Landesrechnungshof schon seit Jahren von den Gemeinden fordert: Nicht nur bei den Ausgaben sparsamer zu sein, sondern auch die Möglichkeit nutzen, ihrer Einnahmen zu erhöhen. Und was die daraus entstandene Mehrbelastung der Bürger, die meines Erachtens auch überschaubar ist, betrifft: Die Menschen stellen ja auch immer höhere Anforderungen an das, was ihre Gemeinde für sie leisten soll und das muss dann ja auch finanziert werden. Und hier nach weiteren Landesmitteln für die Gemeinden zu rufen, ist ja auch ein zweischneidiges Schwert: Auch dieses Geld muss dann ja wieder aus Steuermitteln kommen, für das die Menschen dann wiederum aufkommen müssen.

Übrigens gibt uns das Land auch durch eine Reihe von Förderprogrammen, finanzielle Mittel beispielsweise zur Verbesserung der dörflichen Infrastruktur zu erlangen. Allerdings darf nicht nur gefordert werden, sich hierfür einzusetzen, sondern es muss auch etwas dazu getan werden. Hier ist die Verwaltung in der Pflicht, unseren Gemeinden dazu konkrete Vorschläge zu unterbreiten.